



## Bundesrätin in Aktion

Bundesräte sind auch am Wochenende voll im Einsatz. Das zeigte Doris Leuthard gestern in St. Gallen. Zuerst verkaufte sie in der Stadt für einen guten Zweck Rosen. Dann sprach sie an der Uni St. Gallen an der 10. Frauen-Vernetzungswerkstatt.

Bilder Keystone/Regina Kühne

## HEV lanciert zwei Initiativen

Zürich. – Der Schweizerische Hauseigentümerverband (HEV) lanciert eine Zwillingsinitiative für das Bausparen und gegen die Benachteiligung von Rentnern durch die Eigenmietwertbesteuerung.

Die Delegierten des HEV haben die Lancierung der zwei Volksinitiativen gestern beschlossen. Mit den Initiativen sollen Bund und Kantone verpflichtet werden, das Bausparen zu ermöglichen. Für den erstmaligen entgeltlichen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum sollen Bausparrücklagen von der Einkommens- und Vermögenssteuer befreit werden. Bei der Eigenmietwertbesteuerung soll ab Erreichen des AHV-

Alters die Wahlmöglichkeit bestehen, dass der Eigenmietwert für das am Wohnsitz dauernd selbst genutzte Wohneigentum entfällt. Beim Wegfall des Eigenmietwerts entfallen dafür unter anderem die Abzüge für die Schuldzinsen. Begründet wurden die Initiativen damit, dass dem Verfassungsauftrag der Wohneigentumsförderung in der Schweiz heute nicht nachgekommen werde.

Für den Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverband widersprechen die beiden Initiativen der Steuergerechtigkeit. Wer in der Schweiz Wohneigentum erwerben wolle, profitiere bereits heute von Vergünstigungen, teilte der Verband mit. (ap)

### SONNTAGSKOLUMNE

## Mehr Innovation und weniger Ideologie in der Energiediskussion



Von Filippo Leutenegger

Stundenlang hat der Nationalrat diese Woche über Energie und Umwelt gestritten, ohne sichtbaren Erfolg. Scheingefechte und ideologischer Schlagabtausch à discretion im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen: eine Diskussion fürs politische Schaufenster. Die Linke will Staatsförderung der erneuerbaren Energien, rigorose, vom Bund verordnete Energiesparprogramme sowie massive Energieabgaben. Sie sucht das Heil in der Wind-, Sonnen- und Wasserkraft und möchte damit endlich die verhassten Atomkraftwerke aus der Welt schaffen. Sie

macht dabei einen grossen Bogen um die Frage der CO<sub>2</sub>-Belastung durch Gaskraftwerke, obwohl die Gaskraftwerke gegenüber den AKWs aus grüner Sicht eindeutig das kleinere Übel darstellen. In weitere Widersprüche verstrickt sich die Linke, wenn sie die erneuerbaren Energien auf Teufel komm raus fördern will und gleichzeitig den Ausbau der Wasserkraft aus Gründen des Landschaftsschutzes verhindert. Völlig hilflos wirken auch die Aussagen, wie die Stromversorgung nach der Schliessung der AKWs funktionieren sollte.

Die bürgerliche Ratsseite freut sich über die CO<sub>2</sub>-Sackgasse, in der sich Linke und Grüne verirrt haben, und verdammt deshalb – auch etwas scheinheilig – die CO<sub>2</sub>-Belastung durch Gaskraftwerke und verschliesst sich diese Option ohne sichtbare Not. Dafür lobt sie die CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke in den Himmel, um gleich zusammen mit der Stromwirt-

# Klimaschutz, Krippe und eine Kampfansage

Die Delegierten der SP haben gestern an ihrer Versammlung in Locarno beschlossen, die Klima-Initiative zu unterstützen. Ein Nein gab es zur 5. IV-Revision und ein Ja zum Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II.

Von Francesco Welti

Locarno. – Die SP lässt sich vom Resultat der Volksabstimmung über die Einheitskrankenkasse nicht entmutigen und stellt sich trotz eher schlechter Erfolgsaussichten gegen die 5. Revision der Invalidenversicherung (IV), über die das Volk am 17. Juni entscheidet. An der Delegiertenversammlung hat sie gestern zudem als erste Partei die Lancierung der Klima-Initiative abgesegnet, die eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses bis 2020 um 30 Prozent vorsieht. Zuvor hatte Bundesrat Moritz Leuenberger «einen Aktionsplan mit knallharten Massnahmen» angekündigt, um den Energieverbrauch einzudämmen. Ziel sei eine 2000-Watt-Gesellschaft. Dafür müsse etwa mit Energielenkungsabgaben dem 3-Liter-Auto zum Durchbruch verholfen und bei Häusern der Minergie-Standard zur Norm werden. Weiter sollten elektrische Geräte, die nach einer Weile nicht automatisch abschalten, verboten werden.

Akzente will die SP auch in der Steuerpolitik setzen. So haben sich die Delegierten für ein Referendum gegen die eben vom Parlament beschlossene Unternehmenssteuerreform II entschieden, die an Aktionäre ausbezahlte Dividenden nur noch reduziert besteuern will. Bezüglich der laufenden Steuergerechtigkeits-Initiative forderte SP-Präsident Hans-Jürg Fehr die Parteimitglieder auf, Unterschriften sammeln zu gehen, weil «wir damit etwas im Rückstand sind».

### Ein Gipfel für die Zukunft

Ansonsten stand die Versammlung im Zeichen des Wahlkampfes, den die SP mit fünf Gipfeln in Schwung bringen will. Um den ersten davon – den Zukunftsgipfel – durchzuführen, wählte



Akzente in der Klimapolitik setzen: Bundesrat Moritz Leuenberger stellt den SP-Delegierten seine Energiesparvorschläge vor.

Bild Keystone/Karl Mathis

die SP das Tessin, weil im Kanton nächstes Wochenende Wahlen stattfinden. Dabei erhofft sich die Partei, «den vor 15 Jahren erlittenen Rechtsrutsch rückgängig zu machen», wie Kantonspräsident Manuele Bertoli sagte. Dies möchte die SP im Herbst auf nationaler Ebene ebenfalls schaffen und will dafür einen Themenwahlkampf führen.

Beginnen will sie mit dem Thema «Chancengleichheit für alle» und schlägt dabei Massnahmen in Bildung und Betreuung vor. Bereits detailliert ausgearbeitet ist ein 4,4 Milliarden Franken teures Modell für eine flä-

chendeckende Kinderbetreuung. Wie die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr vorrechnete, würden die Milliardenkosten durch ebenso hohe zusätzliche Steuereinnahmen wieder heringeholt. Interessant ist, wie die SP die Finanzierung regeln möchte: Eltern, die nicht selber zu ihren Kindern schauen können, sollen einen Gutschein erhalten, damit diese in Krippen oder Tagesschulen betreut werden. Maximal einen Drittel der Kosten hätten die Eltern aufzubringen, den Rest müssten Bund, Kanton, Gemeinden und grössere Firmen bezahlen. Ziel wäre es, dass innert zehn Jahren die Hälfte der Kinder an drei Tagen extern betreut werden könnte.

«Ein Land, das nicht zuerst an Steuerwettbewerb, sondern an seine Kinder denkt, hat in Zukunft mit Sicherheit die besseren Chancen», kommentierte Nationalrätin Fehr. Die Kinderbetreuung ist – wie die Forderung nach mehr Stipendien für Auszubildende – ein Vorschlag aus einer Resolution mit zwölf Punkten zum Thema Chancengleichheit, welche die Delegierten am Zukunftsgipfel verabschiedeten.

### Kampfansage an die SVP

An den folgenden Gipfeln stehen die «Topthemen der SP» Energie, Frauen, Sozialwesen und Städte auf dem Programm. Erklärtes Ziel ist es nach wie vor, die SVP im Herbst als stärkste Partei abzulösen. Um die Mehrheit der Rechten in Bern zu sprengen, müsse die Partei jetzt «einen Zacken zulegen», sagte SP-Präsident Hans-Jürg Fehr. Gleichzeitig fuhr er der Gegenspielerin am rechten Spektrum an den Karren. «Uns trennen Jahrhunderte», so Fehr. Die SVP wolle die Frauen wieder zurück an den Herd schicken und das Sturmgewehr bei ihnen zu Hause lassen, damit sie sich nicht so allein fühlten. «Der SVP fehlt jedes soziale Empfinden, sie ist eine völlige Retro-Partei.» Die Genossen ermahnte Fehr, nach einer verlorenen Wahl oder Abstimmung nicht zu schnell das Negative zu sehen. «Wir haben in dieser Legislatur 14 von 25 Volksabstimmungen gewonnen.»

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat.